

Claus J. Duisberg

Politische Probleme im Herbst 1989

Nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 sagte Willy Brandt: "Jetzt wird nichts mehr, wie es einmal war." Im Rückblick erscheint tatsächlich 1989 – nach 1917/18 und 1945 – als eine der großen Zäsuren des 20. Jahrhunderts, nicht nur für Deutschland und Europa, sondern für die internationalen Beziehungen insgesamt.

1. Vorspiel

Zunächst sah jedoch kaum jemand grundstürzende Veränderungen voraus. 1989 schien ein normales Jahr ohne besondere Höhepunkte zu werden. Um die Jahreswende gab es zwar Spannungen wegen Nachrichten über den Bau einer Chemiewaffenfabrik in Libyen und der amerikanischen Drohung, die Anlage zu bombardieren; durch die Beteiligung eines deutschen Unternehmens geriet dabei auch die Bundesregierung in die Kritik. Sonst aber schien sich der Gang der Dinge weitgehend im Rahmen des Üblichen zu halten: In Wien fand im Januar ein weiteres KSZE-Folgetreffen statt, die NATO beging im April ihr 40-jähriges Bestehen, und in der EWG wurde ein Bericht des Kommissionspräsidenten Delors mit einem Stufenplan für eine Wirtschafts- und Währungsunion diskutiert. Für größere internationale Erregung und Proteste sorgte im ersten Halbjahr 1989 nur die blutige Niederschlagung einer Studentendemonstration auf dem Tienamen-Platz in Peking am 4. Juni.

Für die Bundesrepublik Deutschland waren die Besuche des amerikanischen Präsidenten Bush im Mai und des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow im Juni gewisse außenpolitische Höhepunkte. Für die Zukunft sollten sich allerdings beide als besonders bedeutungsvoll erweisen, der Besuch Gorbatschows nicht zuletzt durch die Begründung eines persönlichen Vertrauensverhältnisses des Bundeskanzlers zu dem neuen sowjetischen Führer.

Im übrigen war der Bundeskanzler in diesen Monaten hauptsächlich von Querelen in seiner Partei in Anspruch genommen, zumal sie sich gegen ihn persönlich richteten. Schlechte Umfragewerte für die CDU und Verluste in Landtags- und Kommunalwahlen sowie bei der Europa-Wahl bei gleichzeitigen Erfolgen der rechtsextremen Republikaner führten zu parteiinternen Auseinandersetzungen über die Frage, wo und wie die Partei künftig ihre Mehrheiten suchen solle – ob mit einer stärkeren Profilierung nach rechts, wie es etwa der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dregger, und weite Kreise der CSU empfahlen, oder eher durch eine Ausrichtung auf die linke Mitte, wofür besonders der CDU-Generalsekretär Geisler eintrat. Kohl wollte weder das eine noch das andere. Er erreichte zwar eine Verständigung mit den konservativen Kreisen und dem CSU-Vorsitzenden Waigel, scheiterte aber mit dem Versuch, Geisler bei einer Regierungsumbildung im April durch ein Ministeramt in die Kabinettsdisziplin einzubinden. Geisler lehnte es ab, wieder Minister zu werden, und ging zunehmend auf Distanz zu Kohl. Erst intern, später auch öffentlich, erklärte er, daß die Probleme der CDU in Wahrheit Probleme der Spitze seien. Kohl entschied sich daraufhin, ihn auf dem Parteitag Anfang September in Bremen nicht mehr als Generalsekretär vorzuschlagen. Geisler trat nun offen gegen Kohl auf und bildete zusammen mit Späth, Süßmuth, anfänglich auch Blüm und im Hintergrund Biedenkopf eine Fronde. Schon im Frühjahr verschiedentlich erhobene Forderungen nach einer Trennung der Ämter von Parteivorsitzendem und Bundeskanzler wurden jetzt lautstark wiederholt mit dem Ziel, Späth zum Vorsitzenden zu machen. Der Versuch scheiterte jedoch. Kohl wurde – wenngleich mit der bis dahin geringsten Stimmenzahl –

wiedergewählt und ging damit – letztlich politisch gestärkt - in die folgenden entscheidenden Monate.

Das Votum des Parteitag war sicher primär einem Unbehagen geschuldet, vor zahlreichen Kommunal- und Landtags-Wahlen sowie im Hinblick auf die Ende 1990 bevorstehende Bundestagswahl die Pferde zu wechseln. Vielleicht aber schwang auch die Ahnung mit, daß unruhige Zeiten bevorstehen könnten. Erste Vorzeichen dafür gab es nämlich bereits in Gestalt eines gewaltigen Stroms von Flüchtlingen aus der DDR, die zu Hunderten und Tausenden unsere Botschaften in Warschau, Prag u. Budapest sowie die Ständige Vertretung in Ost-Berlin besetzt hielten, um auf diese Weise ihre Ausreise in den Westen zu erzwingen.

2. Bürgerbewegungen und der Faktor Gorbatschow

Seit geraumer Zeit gab es ja im Ostblock eine unterschwellige Gärung, die vom Westen allerdings oft nur unzureichend wahrgenommen und jedenfalls in ihrer potenziellen Dynamik unterschätzt worden war. Dabei war diese Entwicklung nicht zuletzt eine Folge auch der westlichen Entspannungspolitik der sechziger und siebziger Jahre. Die KSZE-Schlußakte von 1975, insbesondere der Teil über die Zusammenarbeit in humanitären Fragen mit Aussagen zu Familienzusammenführung, Reisemöglichkeiten, Informationsfreiheit und dergleichen, hatte vielerorts systemkritische Diskussionen ausgelöst. Bürgerbewegungen, die sich ausdrücklich darauf beriefen, wie die Charta 77 in der CSSR und später die Solidarnosc in Polen, wurden zwar mehr oder weniger unterdrückt, aber nicht ausgelöscht. Zu den aufbrechenden ideologischen Spannungen kamen wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten im gesamten Ostblock, nicht zuletzt in der Sowjetunion selbst, die überdies in einen kräftezehrenden Konflikt in Afghanistan verwickelt war.

Man mag darüber spekulieren, welche Folgen sich allein aus dieser Problemlage ergeben hätten. Sicher ist, daß ein wesentlicher Faktor, der die weitere Entwicklung beschleunigte, wenn nicht überhaupt erst auslöste, Michail Gorbatschow war, der im März 1985 Generalsekretär der KPdSU wurde. Mit ihm kam ein ganz neuer Typ von Politiker in der Sowjetunion an die Macht. Er war zwar durchaus überzeugter Kommunist, aber anders als die meisten seiner Vorgänger durch die Ideologie nicht gehindert, die Realität der Welt jenseits des kommunistischen Machtbereichs wahrzunehmen und sich pragmatisch darauf einzustellen. Und er erkannte in aller Deutlichkeit, daß die Sowjetunion als Weltmacht gegenüber den USA zunehmend ins Hintertreffen geriet - nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch und politisch. Erwähnt seien in diesem Zusammenhang nur der NATO-Doppelbeschluß von 1979 und seine Umsetzung sowie die SDI-Initiative des amerikanischen Präsidenten Reagan, die sowohl die Entschlossenheit wie die Fähigkeiten des Westens demonstrierten, der Sowjetunion wirksam entgegenzutreten. Nun wollte Gorbatschow gewiß nicht das sowjetische Imperium liquidieren. Ganz im Gegenteil: er wollte die Sowjetunion revitalisieren und wieder weltmachtfähig machen, löste damit aber eine Bewegung aus, der er schließlich selbst nicht mehr Herr werden konnte. Sein "neues Denken" hatte im wesentlichen zwei Ansätze: einmal sollten die eigenen Kräfte mittels struktureller Reformen und einem Schuß Liberalität ("Perestroika" und "Glasnosth") mobilisiert werden; zum anderen sollte die Sowjetunion durch neue Formen der Zusammenarbeit Zugang zu westlicher Technologie und Wirtschaftskraft erlangen, was allerdings nicht nur eine Öffnung, sondern auch ein gewisses Maß an Wohlverhalten und Entgegenkommen gegenüber dem Westen erforderte.

Im Jahre 1989 war die politische Lage in Ost- und Mitteleuropa daher durch das Zusammenreffen zweier Faktoren gekennzeichnet:

- Eine durch westliche Entspannungspolitik wenn nicht ausgelöste, so jedenfalls beförderte Freiheitsbewegung

– und eine nicht zuletzt durch wirtschaftliche Zwänge bestimmte Neuorientierung der sowjetischen Politik mit Lockerung im Innern und Öffnung nach außen.

Die Auswirkungen waren überall zu spüren. Reform- und Bürgerbewegungen fühlten sich ermutigt; und die Sowjetunion war weder willens noch in der Lage, ihnen mit Gewalt entgegenzutreten.

3. Verstärkter Ausreisedruck in der DDR

In einigen Staaten, besonders in Polen und Ungarn, wuchsen Tendenzen zur Veränderung des politischen Systems; andere zeigten sich dagegen reformresistent. Zu ihnen gehörte vor allem die DDR, und das nicht ohne Grund. Denn für sie stellte die neue Entwicklung durchaus eine existenzielle Bedrohung dar. Im Gegensatz zu den anderen Ostblockstaaten war sie ja kein national konsolidierter Staat, vielmehr immer konfrontiert mit einer deutschen Alternative – der Bundesrepublik Deutschland, wo nicht nur Freiheit, sondern auch größerer Wohlstand herrschten. Westdeutschland war für die meisten Menschen in der DDR unwiderstehlich attraktiv. Es war in Radio und Fernsehen auch ständig präsent und in jüngster Zeit sogar etwas leichter direkt zugänglich geworden. Im Zusammenhang mit dem Honecker-Besuch im September 1987 hatte sich die DDR-Führung nämlich zu einer gewissen Ausweitung des innerdeutschen Reiseverkehrs verstehen müssen mit der Folge, daß in den Jahren 1986 bis 1988 rund 6 Millionen Besucher aus der DDR in Westdeutschland und West-Berlin waren, darunter eine erhebliche Zahl unterhalb des Rentenalters. Die unmittelbaren Erfahrungen, die sie im Westen machten, nicht zuletzt auch im Umgang mit Behörden, dürften nicht ohne Auswirkungen auf das Bewußtsein geblieben sein. Die Bereitschaft zu Kritik und offenem Widerspruch wuchs jedenfalls deutlich.

Der innere Druck entlud sich zum Teil in verstärkten Ausreisebemühungen. Ein Gradmesser dafür war die Zahl der Besucher in unserer Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, die mit Ausreisanliegen kamen, sowie der sogenannten Zufluchtsuchenden, die sich weigerten, die Vertretung – oder eine unserer, auch andere westliche Botschaften im Ostblock - wieder zu verlassen, wenn ihnen nicht die Ausreise in den Westen ermöglicht würde.¹ Die Zahl dieser Besucher und Zufluchtsuchenden war nun in der letzten Zeit dramatisch angestiegen: Waren es 1986 noch 312 bzw. 25 gewesen, so 1987 schon 825 bzw. 68; und 1988 kamen 6608 Besucher mit Ausreisanliegen in die Ständige Vertretung, von denen 379 sie nicht ohne entsprechende Zusicherungen verlassen wollten.

1989 erreichte die Entwicklung nun aber eine ganz neue Qualität. Schon im Januar setzte sich eine größere Gruppe in der Ständigen Vertretung fest; und das Problem konnte erst nach einiger Zeit und mit Schwierigkeiten gelöst werden. Im Sommer kam es dann ab Anfang August zu einem wahren Ansturm auf die Ständige Vertretung sowie vor allem die Botschaften in Budapest und Prag, in etwas geringerem Umfang auch in Warschau. In Budapest und später in Prag waren es Tausende, die auf diese Weise ihre Übersiedlung in den Westen erzwingen wollten. Schon durch die Dimension war es ein außerordentliches Problem, auch wenn es im Rückblick nur als Vorspiel erscheint zu dem, was noch kommen sollte.

Die Bundesregierung verhandelte über eine Lösung sowohl mit der DDR wie mit den betroffenen Staaten und der Sowjetunion. Die DDR zeigte sich zunächst sehr hart. Sie wollte offensichtlich den Fluchtweg über westdeutsche Vertretungen endgültig verschließen und verlangte von der Bundesregierung die Zusicherung, die Besucher künftig nötigenfalls mit Gewalt vor die Tür zu setzen. Eine Zusicherung, die wir selbstverständlich nicht geben konn-

¹ Die Fälle wurden im allgemeinen gelöst durch Vermittlung des Rechtsanwalts Vogel und Zahlung eines größeren Geldbetrages seitens der Bundesregierung.

ten und wollten; schließlich handelte es sich für uns um deutsche Staatsangehörige. Andererseits rechneten wir damit, daß auch die DDR unter einem gewissen Druck stand im Hinblick auf die am 7. Oktober geplanten Jubiläumsfeierlichkeiten, zu denen Bilder von Tausenden Flüchtlingen in westdeutschen Botschaften nicht gut passen würden. Da Gorbatschow als Ehrengast an den Feiern teilnehmen sollte, hatte auch die Sowjetunion ein Interesse daran, daß die Situation bis dahin bereinigt würde. Im übrigen wurde den anderen betroffenen Staaten das Problem ebenfalls zunehmend lästig.

Eine Schlüsselrolle nahm dabei Ungarn ein, wo sich zunächst auch die weitaus größte Zahl von Flüchtlingen angesammelt hatte. Ungarn hatte schon Anfang Mai die Grenzbefestigungen zu Österreich abgebaut und zeigte wenig Neigung, sich nun an vertragliche Verpflichtungen gegenüber der DDR zu halten und die Flüchtlinge aktiv an der Ausreise in den Westen zu hindern. Bei einem geheimen Treffen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher am 25. August auf Schloß Gymnich bei Bonn kündigten der ungarische Ministerpräsident Németh und sein Außenminister Horn an, daß sie die Grenze für die Flüchtlinge öffnen wollten. Das geschah dann - gegen vehementen Protest der DDR - tatsächlich in der Nacht vom 10. auf den 11. September, und alle Flüchtlinge konnten Ungarn verlassen und über Österreich nach Westdeutschland reisen. Damit hatte die Mauer den entscheidenden Riß bekommen.

Zunächst wurden allerdings mit Hilfe der CSSR die Reisen nach Ungarn erschwert oder ganz verhindert. Damit konzentrierte sich der Strom der Ausreisewilligen auf die Botschaft Prag, wo sich in kurzer Zeit mehrere Tausend Flüchtlinge festsetzten. Schließlich mußte die DDR hier sowie ebenfalls in Warschau - wohl nicht ohne sowjetischen Druck - der Ausreise der Flüchtlinge zustimmen, bestand allerdings in ihrem neurotischen Souveränitätsverständnis darauf, daß der Weg über DDR-Gebiet führen mußte: Die Flüchtlinge sollten nicht aus eigenem Antrieb die DDR verlassen können, sondern sollten ausgewiesen werden. So kam es in der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober zu spektakulären Transporten mit Zügen von Prag über Dresden beziehungsweise von Warschau über Magdeburg nach Westdeutschland.

Nach einem neuen Ansturm auf die Botschaft Prag mußte die Aktion in der folgenden Woche wiederholt werden. Bis Anfang November sammelten sich noch verschiedentlich Flüchtlinge bei den Botschaften in Prag und Warschau. Sie konnten mit Genehmigung der DDR in den Westen resien, zuletzt sogar von Prag direkt über die deutsch-tschechische Grenze. Insgesamt sind damals mehr als 40.000 Menschen über Ungarn und die Botschaften aus der DDR nach Westdeutschland gekommen.

4. Gärung innerhalb der DDR und Fall der Mauer

Während die einen die DDR um jeden Preis verlassen wollten, suchten andere nach Wegen, sie zu verändern: Im Sommer und Herbst 1989 formierte sich die Opposition und trat aus dem Schatten in die Öffentlichkeit. Das wurde bereits deutlich bei der Kommunalwahl am 7. Mai, wo im Zusammenwirken von Oppositionsgruppen massive Wahlfälschungen aufgedeckt wurden. Es kam zu einer zunehmenden Vernetzung und im Herbst zur Gründung von formellen Bürgerbewegungen und Parteien: Neues Forum, Demokratischer Aufbruch, Vereinigte Mitte, Demokratie Jetzt, Sozialdemokratische Partei (SDP) und andere. Parallel dazu formierten sich, ausgehend von den traditionellen Friedensgebeten in der Leipziger Nikolai-Kirche öffentliche Demonstrationen, die sich mit dem Ruf "Wir sind das Volk!" im Herbst zu großen - eindrucksvoll friedlichen - Protestmärschen im ganzen Land ausweiteten.

Bemerkenswert war dabei die Zurückhaltung der Sowjetunion. Obwohl vermutlich sowjetische Panzer auf dem Leipziger Ring ihre Wirkung auf die Demonstranten nicht verfehlt hätten, blieben die sowjetischen Truppen auffallend still in ihren Garnisonen. In der sowjetischen Führung gab es zwar durchaus Kräfte, die einer Intervention das Wort redeten. Aber abgesehen davon, daß die Regierung ihr im Westen gerade wachsendes Ansehen nicht aufs Spiel setzen wollte, meinte man wohl auch noch, daß die Bewegung mit –von sowjetischer Seite ebenfalls als notwendig angesehenen - Reformen unter Kontrolle gebracht werden könnte. Honecker freilich war in sowjetischen Augen dafür nicht der rechte Mann. Schon bei den Feiern zum 7. Oktober war zu erkennen, daß er den sowjetischen Rückhalt verloren hatte. So konnte er am 18. Oktober in einer Palstrevolution gestürzt werden.

Die neue Führung unter Krenz gab sich scheinbar offen, sprach von Kontinuität und Erneuerung, legte den Akzent aber eindeutig auf Kontinuität. Auf den Macht- und Führungsanspruch der SED wollte sie keinesfalls verzichten. Die Lage beruhigte sich deshalb auch nicht. Die Forderungen nach Freiheit und wirklicher Demokratie wurden lauter und vielfältiger. Um dem Druck zu begegnen, wollte die Regierung wenigstens die Reisemöglichkeiten erweitern. Der erste Entwurf einer noch recht restriktiven Neureglung stieß allerdings auf Proteste. Ein zweiter, sehr viel weiter gehender wurde dann von Schabowski am 9. November irrtümlich vorzeitig bekanntgegeben – mit den Folgen, die alles veränderten.

5. Die Probleme des Umbruchs

Mit dem Sturz von Honecker und dem Fall der Mauer entstand eine fundamental neue Lage. Die Bundesregierung sah sich nun mit Problemen auf drei Ebenen konfrontiert: Einmal im Verhältnis zur DDR, zum anderen in der eigenen Innenpolitik und schließlich und ganz besonders im Bereich der Außenpolitik.

Als erstes stellte sich die Frage, was von dem neuen Regime erwartet werden konnte und wie sich die Bundesregierung dazu stellen sollte. Die DDR war wirtschaftlich am Ende, und da sie sonst nirgendwo Hilfe bekommen konnte, richtete die neue Führung ihre ganzen Hoffnungen auf die Bundesrepublik. Schon wenige Tage nach dem Sturz Honeckers, am 24. Oktober, kam Alexander Schalck-Golodkowski, als Unterhändler in vielen, vor allem finanziellen Fragen bestens bekannt, zu einem Gespräch mit den Ministern Schäuble und Seiders nach Bonn. Er sagte offen, daß die DDR ohne größere finanzielle Hilfe in Kürze zahlungsunfähig sein werde. Außer einem ungebundenen Finanzkredit in Höhe von 8 bis 10 Milliarden DM erbat er eine massive Beteiligung an den Kosten der jetzt möglichen Westreisen und erklärte im Gegenzug die Bereitschaft zu einer neuen umfassenden Zusammenarbeit.

Die Bundesregierung sah sich in einem Dilemma: Einerseits bot sich hier ein Ansatzpunkt für eine aktivere innerdeutsche Politik mit der Möglichkeit, etwas für die Menschen in der DDR zu tun und insbesondere die Kommunikation zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu verbessern. Andererseits wollte man nicht in ein "dunkles Loch" zahlen und ein im Grunde marodes Regime politisch stützen. Die Bundesregierung war deshalb zwar grundsätzlich bereit zu helfen – aber nicht ohne die Gewähr für eine grundlegende Veränderung des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR zu haben. In der Erklärung zur Lage der Nation, die der Bundeskanzler am 8. November im Bundestag abgab, wurde demgemäß einerseits eine "neue Dimension wirtschaftlicher Hilfe" in Aussicht gestellt, dies andererseits aber an die Voraussetzung gebunden, daß eine grundlegende Reform der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR verbindlich festgelegt würde, die SED auf ihr Machtmonopol verzichtete, unabhängige Parteien zuließe und freie Wahlen zusicherte.²

² Protokoll der 173. Sitzung des deutschen Bundestags am 8.11.1989

Zwischenzeitlich konzentrierte sich die Bundesregierung zunächst auf konkrete Einzelmaßnahmen zur Verbesserung der innerdeutschen Kommunikation durch Hilfe beim Ausbau der Infrastruktur und die Vereinbarung eines – allerdings von vornherein unzulänglichen – Fonds zur Bereitstellung von Reisedevisen.

Das eigentliche Problem war jedoch, daß die Menschen in Scharen die DDR verließen: Vom 9. November bis zum Jahresende waren es nahezu 150.000, insgesamt im Jahr 1989 über 340.000.³ Jeden Tag kamen 2000 bis 3000, manchmal mehr, die untergebracht, gepflegt sein und auch Arbeit haben wollten. Der Massenexodus führte zu logistischen, finanziellen und sozialen, damit auch politischen Problemen im Westen und verstärkte zugleich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Osten.

Bis dahin war zwar die deutsche Frage offen gewesen, nicht aber die innerdeutsche Grenze. Jetzt wo diese Grenze offen war, konnte die deutsche Frage offensichtlich nicht mehr unbestimmt offen bleiben. Auf beiden Seiten wurden daher nun Fragen nach Möglichkeiten und Perspektiven für eine deutsche Wiedervereinigung gestellt.

Bei den oppositionellen Gruppen und Bürgerbewegungen in der DDR stand der Wunsch nach Reformen, im Grunde nach einer besseren DDR, im Vordergrund; zum Teil, beispielsweise vom Neuen Forum, anfänglich auch von der SDP, wurde eine Vereinigung mit der Bundesrepublik sogar ausdrücklich abgelehnt. Dieser Wunsch kam vielmehr von der Basis, wo sich in den Ruf "Wir sind das Volk!" zunehmend auch Rufe "Wir sind *ein* Volk!" mischten. Auf der anderen Seite gingen auch in Westdeutschland die Meinungen über eine Wiedervereinigung stark auseinander. Über die Jahre war das Interesse an der deutschen Einheit deutlich schwächer geworden. In weiten Kreisen, besonders auf der linken Seite des politischen Spektrums, war die deutsche Einheit überhaupt schon ganz abgeschrieben worden; Willy Brandt hatte noch im Herbst 1988 von der Hoffnung auf Wiedervereinigung als der "Lebenslüge der zweiten deutschen Republik"⁴ gesprochen. Nach einer anfänglichen Euphorie infolge des Mauerfalls gab es auch jetzt in diesen Kreisen starke Vorbehalte gegen eine deutsche Vereinigung bis hin zur prinzipiellen Ablehnung. Man fürchtete sich vor dem Verlust einer vertrauten Ordnung, hatte Sorgen um die politische Stabilität in Europa und warnte vor wirtschaftlichen und finanziellen Belastungen. Auf der anderen Seite, in eher konservativen Kreisen, sahen manche die Stunde der Wiedervereinigung schon gekommen und drängten ungezügelt auf aktive Schritte in dieser Richtung.

In dieser Lage mußte die Bundesregierung versuchen, die Diskussion einerseits unter Kontrolle zu halten, ihr andererseits aber auch Ziele zu geben. Weder konnte ihr an der Rekonsolidierung einer nur mäßig reformierten kommunistischen Herrschaft in der DDR - mit weiterem Bevölkerungsexodus - gelegen sein noch daran, daß das System dort von einem Sturzbad nationaler und revolutionärer Gefühle weggeschwemmt würde, wodurch sich dann möglicherweise doch die Sowjetunion zur Intervention veranlaßt gesehen hätte.

Der Bundeskanzler nutzte deshalb die Haushaltsdebatte am 28. November, um die Position der Bundesregierung deutlich zu machen und für die weitere Politik eine Richtung vorzugeben. In zehn Punkten umriß er einen Stufenplan für eine schrittweise Annäherung der beiden

³ Im einzelnen dazu *Claus J. Duisberg*, *Das Deutsche Jahr*, Berlin 2005, S. 129 ff mit detaillierten Zahlen in Anm. 4

⁴ Vortrag vor der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14.9.1988, auszugsweise wiedergegeben in der Frankfurter Rundschau vom 15.9.1988

deutschen Staaten mit der Perspektive, über konföderative Strukturen zu einer Föderation und schließlich zur staatlichen Einheit zu gelangen.⁵

Diese unter strenger Geheimhaltung im Bundeskanzleramt vorbereitete, weder mit den Ressorts abgestimmte noch mit den Alliierten konsultierte Erklärung übte unmittelbar eine starke Wirkung aus. Die Bundesregierung übernahm damit die Meinungsführung in der öffentlichen Diskussion und signalisierte auch gegenüber dem Ausland ihre Entschlossenheit, zielstrebig auf eine Lösung der nationalen Frage hinzuwirken. In ihrem Inhalt erwies sich die Erklärung jedoch schon in wenigen Wochen als überholt. Hatten der Bundeskanzler und alle Beteiligten im November noch mit einem Zeithorizont zwischen fünf und zehn Jahren für die Verwirklichung des Plans gerechnet, so mußte man sehr bald erkennen, daß nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die staatlichen Strukturen der DDR mit nicht geahnter Geschwindigkeit zerfielen und die Bevölkerung mit zunehmender Stärke auf eine rasche Vereinigung mit der Bundesrepublik drängte. Eine Lösung der deutschen Frage stand daher früher als gedacht im Mittelpunkt der nationalen wie der internationalen Agenda.

6. Reaktionen des Auslands

Nun war die deutsche Einheit zwar unsere höchst eigene, aber keineswegs eine nur uns allein angehende Angelegenheit. Wie jedermann wußte, würde ein vereinigtes Deutschland nach Bevölkerung und Wirtschaftskraft eine kritische Größe im Zentrum Europas darstellen, für alle Nachbarn Grund genug zur Beunruhigung. In den zehn Punkten war deshalb schon besonderer Wert auf die Versicherung gelegt worden, daß der Prozeß einer deutschen Vereinigung in den europäischen Prozeß eingebettet und ein wiedervereinigtes Deutschland in europäische Strukturen eingebunden sein würde. Dennoch bestand auf allen Seiten Besorgnis und im Grunde eine Präferenz für die Erhaltung des status quo, was auch mehr oder weniger offen – zum Beispiel von dem italienischen Ministerpräsidenten Andreotti und der britischen Premierministerin Thatcher – zum Ausdruck gebracht wurde.

Besondere Bedeutung kam hier natürlich der Haltung der Vier Mächte zu, die Verantwortung in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes hatten. Zur Begründung dafür, daß die deutsche Frage noch offen war, hatte die Bundesregierung selbst stets den Fortbestand dieser Rechte und Verantwortlichkeiten betont; und in Artikel 2 des Generalvertrags von 1952/54 hatten die drei Westmächte sich ihre diesbezüglichen Rechte auch ausdrücklich vorbehalten. Sie ließen jetzt keinen Zweifel daran, daß sie nicht nur ein Mitsprache-, sondern ein Mitentscheidungsrecht beanspruchten.

Im einzelnen waren die Reaktionen freilich deutlich differenziert. Großbritannien sah in einer möglichen deutschen Wiedervereinigung vor allem eine Störung des europäischen Gleichgewichts. In einer ersten Reaktion nach dem Mauerfall erklärte der britische Außenminister Hurd, daß es in erster Linie nicht auf deutsche Einheit, sondern auf Reformen in der DDR ankomme, und Premierministerin Thatcher äußerte sich am 29. November gegenüber Außenminister Genscher höchst beunruhigt über mögliche Veränderungen; bei dem europäischen Gipfeltreffen in Straßburg Anfang Dezember griff sie den Bundeskanzler scharf an, weil nun wieder die leidigen deutschen Probleme angingen.

In Frankreich, für das die Stellung als Statusmacht in Deutschland und die Souveränitätsrechte in Berlin eines der letzten verbliebenen Großmachtattribute waren, wurden alte Befürchtungen der *classe politique* vor einer deutscher Hegemonie wach. Präsident Mitterand bezeichnete das Streben nach Wiedervereinigung zwar als legitim und in der Logik der Ge-

⁵ Protokoll der 177. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 28.11.1989

schichte liegend, ließ jedoch vorderhand keine Bereitschaft erkennen, dieser Logik aktiv zur Geltung zu verhelfen. Außenminister Dumas legte am 29. November in der Nationalversammlung hingegen besonderen Wert auf die Feststellung, daß unerläßliche Voraussetzung für eine Vereinigung die Zustimmung der beiden deutschen Staaten und der Vier Mächte sei.

Sowohl Frankreich als auch Großbritannien trieb die Sorge, daß Deutschland künftig die entscheidende Rolle in Europa spielen würde. Sie suchten daher nach Wegen, Einfluß auf die Entwicklung zu behalten, um sie zumindest zu verzögern. So verabredete Präsident Mitterrand - ohne Abstimmung mit der Bundesregierung - für den 20. Dezember einen offiziellen Besuch in der DDR, erkennbar in der Absicht, dem neuen Regime den Rücken zu stärken. Er mußte dann freilich einsehen, daß dieses Regime nicht zu halten war. Und als sich zeigte, daß die deutsche Einheit unvermeidlich kommen und jeder Widerstand dagegen nur zu einer nachhaltigen Belastung der deutsch-französischen Beziehungen führen würde, stellte die französische Regierung alle Vorbehalte zurück und schloß sich der Bewegung an. Die britische Premierministerin machte dagegen bis fast zuletzt keinen Hehl daraus, daß ihr der Gang der Dinge mißfiel.

Weder Frankreich noch Großbritannien konnten jedoch letztlich einen bestimmenden Einfluß auf die Entwicklung nehmen. Entscheidend war die Haltung der Sowjetunion auf der einen und der Vereinigten Staaten auf der anderen Seite. Die amerikanische Einstellung war von Anfang an grundsätzlich positiv. Die Regierung, die den eingeleiteten Prozeß vor allem unter globalen Gesichtspunkten sah und auch als Erfolg ihrer eigenen Politik wertete, unterstützte und förderte ihn in der Folge nach Kräften, und auch die amerikanische Bevölkerung begleitete ihn mit dem Gefühl aufrichtiger Mitfreude. *Conditio sine qua non* war für die Vereinigten Staaten allein der Verbleib Deutschlands im westlichen Bündnissystem; auch sollten die bestehenden Grenzen in Europa, das hieß konkret die Oder-Neiße-Grenze, nicht angetastet werden.

Die sowjetische Position war schwerer zu erfassen; sie war zunächst auch keineswegs eindeutig. Einerseits sah die sowjetische Führung durchaus die Notwendigkeit von Reformen in der DDR, andererseits war sie aber offensichtlich auch nicht bereit, auf ihre Vorherrschaft in Mitteleuropa zu verzichten. Und hierfür hatte die DDR nun einmal eine Schlüsselfunktion, woraus sich ein starkes sowjetisches Interesse ergab, sie als Mitglied des Warschauer Pakts und strategischen Verbündeten zu erhalten. Dabei stand nach der - mit der sowjetischen Regierung im übrigen nicht abgestimmten - Öffnung der innerdeutschen Grenze zunächst die Sorge im Vordergrund, daß die Entwicklung in der DDR völlig außer Kontrolle geraten könnte. Das war auch Gegenstand mehrerer Telefongespräche zwischen Gorbatschow und Kohl, wobei sich das im Sommer begründete persönliche Vertrauensverhältnis bewährte, insofern als der Bundeskanzler Gorbatschow davon überzeugen konnte, daß die Bundesregierung ihrerseits nichts tun werde, um die DDR zu destabilisieren.

Bereits im Oktober und November waren im Kreml aber auch schon interne Überlegungen zu Möglichkeiten und Bedingungen einer deutschen Vereinigung angestellt worden. Spätestens um die Jahreswende mußte die sowjetische Führung dann einsehen, daß die DDR nicht mehr zu halten war, weder politisch noch wirtschaftlich. Als Modrow, seit dem 8. November Ministerpräsident der DDR, am 31. Januar 1990 zu Konsultationen nach Moskau kam, wurde deutlich, daß die Sowjetunion die DDR fallen ließ; und beim Besuch des Bundeskanzlers in Moskau erklärte Gorbatschow am 10. Februar 1990 das grundsätzliche Einverständnis mit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Die Sowjetunion konzentrierte sich von da an auf Mittel und Wege, ihre Interessen auch im Fall einer deutschen Vereinigung im größtmöglichen Umfang zu wahren. Dabei war ihr erstes und hauptsächliches Ziel die Neutralisierung eines vereinigten Deutschlands. Der politische und militärische Status Deutschlands nach der Wiedervereinigung stellte dann auch das zentrale Problem der internationalen Verhandlungen in den folgenden Monaten dar. Seiner Natur nach konnte es nur gelöst werden zwischen den beiden Großmächten. Dazu kam es auch schließlich in dem entscheidenden Gespräch zwischen dem amerikanischen Präsidenten George Bush sen. und dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow am 31. Mai 1990 in Washington. Wenngleich noch eine Vielzahl von Einzelfragen zu klären waren, wurde damit endgültig der Weg frei zur Lösung der deutschen Frage.